

---

**Protokoll**

Sitzung Nr. 8  
 Datum **Mittwoch, 18. Oktober 2017**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 22.15 Uhr

---

Vorsitz	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
1. Vizepräsident	Markus Bacher	FDP 1
Stimmzählende	Michael Fust	SP 1
	Samuel Tschumi	SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli Markus Burren ( <i>ab 20.45 Uhr</i> ) Roland Guggisberg Matthias Kobel Denise Mellert Bruno Mosimann Peter Nussbaum Fritz Pfister	SVP 8
	Markus Dietiker Monika Flückiger-Brunner Rudolf Gerber Kornelia Hässig Vinzens Hans-Jörg Rhyn Tharnan Selliah Petra Spichiger-Röllli Patricia Zangger-Schöni	SP 8
	Martin Doriot Patrick Heimann Marcel Remund Stefan Stock	FDP 4
	Alain Jenni Jürg Jenni Peter Kofel Marceline Stettler-Schwenter Annette Tichy-Gränicher Bruno Vanoni	GFL 6
	Mario Morger	glp 1
	André Tschanz Karin Walker	EVP 2

	Toni Oesch	<u>fdU 1</u>
		<u>34</u>
Abwesend	Andreas Buser Markus Hadorn Niklaus Marthaler und René Ritter Philip Steiner Johanna Thomann	glp 1 BDP 1 SVP 2 SP 1 FDP 1
Vertreter des Gemeinderates	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Peter Traber Edi Westphale	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Beigezogen	David Portner, Finanzverwalter, zu Geschäft 57	
Protokoll	Corinne Roll, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	4	
Anzahl Medien	2	

---

## Geschäfte

54	Pro Protokoll Protokoll vom 20. September 2017 .....	179
55	1.201.22 Sicherheitskommission Sicherheitskommission; Ersatzwahl .....	180
56	1.7.2 Politikplan Politikplan 2018 - 2022.....	180
57	1.601. Budget Budget 2018 .....	186
58	25.321. Verpflichtungskredite Ersatzbeschaffung Gemeindefahrzeug für Werkhof; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	193
59	1.92.1 Motionen Motion Markus Dietiker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr bezahlbare Wohnungen und faire Mietverhältnisse in der Gemeinde Zollikofen dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses"; Erheblicherklärung .....	193
60	1.92.2 Postulate Postulat Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Weitere Entsorgungsmöglichkeiten schaffen"; Erheblicherklärung .....	197
61	1.92.3 Interpellationen Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Ethisch, insbesondere ökologisch, aber auch ökonomisch fragwürdige Pensionskassen-Anlagen - auch bei der Pensionskasse der Gemeinde Zollikofen?"; Antwort .....	199

---

62	1.92. Parlamentarische Vorstösse	
	Parlamentarische Eingänge .....	199

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin

## Verhandlungen

### Begrüssung

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Geschätzter Gemeindepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur Oktobersitzung des Grossen Gemeinderates. Ganz herzlich möchte ich auch Finanzverwalter David Portner begrüssen, er wird zum Traktandum 57 beigezogen. Im Moment sind 33 Ratsmitglieder anwesend, wir sind beschlussfähig.

Entschuldigt haben sich vom GGR Andreas Buser (glp), Niklaus Marthaler (SVP) und René Ritter (SVP), sowie Johanna Thomann (FDP).

---

### Mitteilungen

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Auf Ihren Tischen liegt die Einladung für das 13. Politforum in Thun vom März 2018. Wer es vergisst: Ich bitte Sie, sich jeweils auf der Anwesenheitsliste einzutragen, sonst kann es passieren, dass sie kein Sitzungsgeld erhalten. Zudem möchte ich das Ratsbüro bitten, am Ende der Sitzung nach vorne zu kommen.

**Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP):** Ich habe eine Mitteilung aus dem Gemeinderat, es betrifft eine Pendenza, die schon länger besteht, nämlich die Überarbeitung des Umweltkonzeptes. Anfang Jahr hat das Departement Bau und Umwelt den Faden wieder aufgenommen und im ersten Semester gewisse Vorarbeiten geleistet. Weil der Bereich Umwelt in verschiedene Departemente eingreift, haben wir nun einen gemeinderätlichen Ausschuss gebildet, der sich den weiteren Arbeiten annehmen wird. Wir möchten dies zeitnah angehen und dem Grossen Gemeinderat die entsprechenden Resultate vorlegen.

---

### Traktandenliste

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Gibt es Änderungsanträge in Bezug auf die Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit behandeln wir die Geschäfte in der vorgegebenen Reihenfolge.

---

54 Pro Protokoll

### Protokoll vom 20. September 2017

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Uns wurde gemeldet, Bruno Mosimann sei an der letzten Sitzung nicht anwesend gewesen, wir haben dies entsprechend im Protokoll auf der Webseite so angepasst. Gibt es weitere Anträge auf Berichtigungen?

**Patricia Zangger (SP):** Seite 162, bei meinem Votum: Dort sollte nicht "ein halbes Jahr" sondern "ein Jahr" stehen.

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

---

---

55 1.201.22 Sicherheitskommission

### **Sicherheitskommission; Ersatzwahl**

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Roger Brönnimann (glp), Bim Hasel 17, tritt per Ende Oktober 2017 aus der Sicherheitskommission zurück. Es ist eine Ersatzwahl für die Amtsdauer ab 1. November 2017 bis 31. Januar 2021 vorzunehmen. Die Grünliberale Partei Zollikofen schlägt als Ersatzmitglied vor: *Armin Thommen, Landgarbenstrasse 45, 3052 Zollikofen*. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

#### **Wahl**

Der Präsident erklärt Armin Thommen als gewähltes Mitglied der Sicherheitskommission.

---

56 1.7.2 Politikplan

### **Politikplan 2018 - 2022**

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Das Eintreten ist vorgegeben. Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde der Fraktionen und der Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum allgemeinen Teil:

**GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL):** Zur Behandlung dieses Geschäfts wurden Kurt Jörg, Departementsvorsteher Finanzen und David Portner, Finanzverwalter, beigezogen. Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Budgetunterlagen sowie dem Departementsvorsteher und dem Finanzverwalter für die Sitzungsteilnahme. Die Fragen der Kommission wurden beantwortet, somit haben wir keine weiteren Bemerkungen.

**Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP):** Die gemeinderätliche Vertretung in diesem Traktandum besteht aus zwei Personen. Der Departementsvorsteher Finanzen wird sich anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan äussern. Meine Ausführungen beziehen sich auf den Politikplan als Ganzes.

Der Politikplan 2018 bis 2022, beziehungsweise die Ausgabe 2017, stellt die Grundlagen der politischen Führung für die nächsten Jahre dar. Immer zu Beginn einer Legislatur münden die Resultate der Bevölkerungsbefragung in einer Lagebeurteilung. Die sich daraus aufdrängenden Anpassungen am Leitbild und an den Leitsätzen sowie am zu erreichenden Zustand am Ende der Legislaturperiode werden mit dieser Ausgabe einmalig für die nächsten vier Jahre vorgenommen. Bereits zum dritten Mal wurden die politischen Führungsinstrumente aufgrund einer Bevölkerungsbefragung und einer Kenngrössen-Erhebung wieder à jour gebracht. Wir haben auch die Gelegenheit wahrgenommen, den Ideenspeicher ordentlich durchzukämmen und zu entschlacken.

Ein Wort zur Bevölkerungsbefragung: Gegen 1'600 Personen aus Zollikofen haben den Fragebogen ausgefüllt. All diesen Bürgerinnen und Bürgern gebührt grosser Dank, dass sie sich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, und so auch mithelfen, "ihrem" Zollikofen ein weiteres Stück näher zu kommen. Die Analyse dieser "Indikatoren-Übersicht" weist für Zollikofen ein sehr gutes Resultat aus, indem ein Wert von 76 von 100 möglichen Indexpunkten erreicht wurde. Damit liegt Zollikofens Durchschnitt exakt gleich hoch wie vor vier Jahren. Diese Werte liegen "im grünen Bereich" wie man so schön sagt. Diese Werte verpflichten uns jedoch auch, wenn wir diesen Stand halten wollen. Der Gemeinderat hat sich eingehend damit befasst und die entsprechenden Massnahmen im Politikplan, Ausgabe 2017, festgehalten. Er ist überzeugt, dass die Gemeinde mit diesen Führungsinstrumenten auch in den nächsten Jahren zielgerichtet vorangebracht werden kann. Parlament und Bevölkerung können künftigen politischen Entscheiden entnehmen, ob und wie sich Zollikofen Richtung Leitbild entwickelt.

Die 12 GGR-Mitglieder, welche an der Informationsveranstaltung vom 20. September 2017 teilgenommen haben, konnten zudem aus erster Hand erfahren, wie die politische Führung in Zollikofen wahrgenommen beziehungsweise praktiziert wird und wurden mit weiteren Hintergrundinformationen zur Bevölkerungsbefragung bedient. Zum Inhalt des Politikplans gibt es an dieser Stelle keine ergänzenden Erläuterungen zu machen.

Seitens des Gemeinderates danken wir Ihnen für die Kenntnisnahme der Neuauflage des Politikplanes.

**Gemeinderat Kurt Jörg (SVP):** Für das Jahr 2018 haben wir Erfreuliches zu berichten, das wurde von allen wohlwollend zur Kenntnis genommen. Dies ist aufgrund einmaliger Sondereffekte, es stärkt aber das Gleichgewicht des Finanzhaushaltes für die Zukunft. Die Prognosen für die Zukunft sind defizitär in allen Jahren. Es gibt bei den Eckwerten, mit denen wir gerechnet haben, nirgendwo einen Lichtblick. Dementsprechend schlecht ist auch der Selbstfinanzierungsgrad. Trotz dem schönen Jahres 2018 bitte ich Sie, dies nicht ausser Acht zu lassen: Ein Jahr stabilisiert uns nicht für die nächsten zehn Jahre. Dafür ist der Erlös viel zu wenig hoch. Der Steuerfuss bleibt bei 1,40 und ich bitte Sie, den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis zu nehmen.

**Bruno Vanoni (GFL):** Wir danken für die umfangreichen Unterlagen. Zum Allgemeinen: Es tönt vieles sehr gut - es wiederholt sich auch vieles.

Wir fanden es gut, dass es eine Einführung für neue Ratsmitglieder gab. Interessant auch für mich war die Bevölkerungsumfrage, hier haben wir zwei Kritikpunkte: In der Umfrage wird nach der Kundenzufriedenheit gefragt, die Gemeinde ist aber keine Firma. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die auch Ambitionen, Wünsche, Ziele für die Gemeinde formulieren sollten, die nicht nur ihnen persönlich was nützen.

Die Ergebnisse sind nicht gewichtet. Es fällt auf, dass ältere Personen und solche, die schon lange in Zollikofen wohnen überdurchschnittlich teilgenommen haben. Junge und Personen, die noch nicht lange in Zollikofen wohnen, haben sich viel weniger beteiligt, sind aber tendenziell kritischer. Es wäre gut, wenn diese kritischen Stimmen in einer nächsten Bevölkerungsumfrage stärker wahrgenommen würden und die Antworten nicht einfach gezählt, sondern entsprechend der Stärke der Altersgruppen gewichtet würden. Zudem sollte man aufpassen, dass das Ganze nicht zum Papiertiger wird und Kenngrössen routinemässig mit Pfeilen versehen werden, wie auf Seite 5.

**Peter Nussbaum (SVP):** Wir haben den Politikplan innerhalb der Fraktion studiert und wir danken für das sehr übersichtlich abgefasste Dokument. Leitbild, Leitsätze und Lösungsansätze sind transparent und stringent bis auf die einzelne Budgetposition dargestellt. Auch die Änderungen, der Ideenspeicher und das Archiv sind nachvollziehbar aufgeführt. Entsprechend haben wir keine weiteren Bemerkungen.

Zum Finanz- und Investitionsplan: Auch hier, Dank für den sauber abgefassten Bericht. Kurt Jörg hat es schon gesagt: Wenn man den Inhalt studiert, gibt dies schon etwas zu denken, abgesehen vom Ausnahmejahr 2018. Die Prognosen ab 2019 sehen düster aus. Es wurde auch erwähnt, mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 48 %, können nicht einmal mehr die Hälfte der Investitionen finanziert werden. In der Hoffnung, dass die Realität dann etwas besser aussehen wird, nehmen wir den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis.

**Toni Oesch (fdU):** Wir stellen einen Ordnungsantrag. Bis anhin wurde zuerst der Politikplan besprochen und abgeschlossen, danach der Finanzplan.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Er folgt, Herr Oesch.

**Toni Oesch (fdU):** Aber jetzt wurde gerade allgemein vom Finanzplan geredet.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Nein, es geht hier nur um eine allgemeine Diskussion. Die einzelnen Hefte kommen später.

**Kornelia Hässig (SP):** Wir möchten Gemeinderat und Verwaltung herzlich danken für die viele Arbeit, die hinter der Bevölkerungsbefragung steckt. Es ist ein wichtiges Instrument und kann als Gradmesser für unser Tun und Handeln gelten, auch wenn der eine oder andere Vorbehalt sicher gerechtfertigt ist. Auch für den Politikplan danken wir, auch für die gute, kongruente Darstellung. Es wird vielschichtig aufgezeigt, in welche Richtung man gehen kann oder will und natürlich hoffen auch wir, dass es nicht zum Papiertiger wird. Wir haben grundsätzlich keine Anträge, sondern vier Bemerkungen, auch für das Protokoll, beziehungsweise als Statement. Wir finden es bedauernd, dass das Thema "Verkehr", das in der Umfrage als Schwäche eingestuft wurde, in den Leitfäden keinen Niederschlag findet. Das ist aus unserer Sicht fragwürdig, denn im Leitbild wird ja eine Entlastung von eigenem und fremdem Verkehr explizit angestrebt. So wurde das Ganze nicht sauber heruntergebrochen. Wir hoffen trotzdem, dass es ernst gemeint ist.

Wir haben auch mit Erstaunen festgestellt, dass im Vergleich zum Vorjahr der Lösungsansatz 4.5 "*Soziale Probleme aller Art möglichst früh erfassen und so einer Negativspirale vorbeugen*" keine Erwähnung mehr findet. Das ist in der heutigen Situation mit der wachsenden gesellschaftlichen Verunsicherung ein wichtiges Thema und es müsste ein Frühwarnsystem angepeilt werden.

Auch die Formulierung bezüglich der Weiterentwicklung Energiestadt möchten wir nicht so gedeutet haben, dass die Gemeinde das Label nicht mehr anstreben soll. Das geben wir den Zuständigen des Umweltkonzeptes mit auf den Weg. Zu guter Letzt fehlt uns ein wichtiges Instrument. Das Umweltkonzept sollte in diesem Papier auch vorkommen, auch das findet hier keinen Niederschlag.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Ich muss mich entschuldigen, ich habe mich falsch ausgedrückt. Sie können allgemeine Kommentare zu beiden Plänen abgeben, sowohl Politik- als auch Finanzplan. Danach werden wir sie einzeln und detailliert durchgehen. Wir kommen zur Detailberatung des Politikplans 2018 bis 2022. Wir sammeln die Ideen aller Ratsmitglieder und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen. Wenn es zu viele Fragen sind, handeln wir sie dann pro Kapitel ab. Das Wort ist offen für alle.

**Toni Oesch (fdU):** In einem Monat ist die Abstimmung zur Ortsplanungsrevision. Auf Seite 3 "*Bevölkerungsumfrage 2016 und Leitbildüberprüfung*", beim letzten Abschnitt steht: "*Darin widerspiegelt sich einerseits der im Rahmen der Ortsplanungsrevision bereits eingeschlagene Weg der massvollen Innenentwicklung...*" Als wir die Botschaft dazu redigierten, setzten wir auf Antrag der SP das Wort "massvoll" ein. Ich muss mich wiederholen: Für uns ist der Begriff "massvoll" das Gegenteil einer vernünftigen Interpretation der Ortsplanung.

**Patrick Heimann (FDP):** Auch die FDP dankt für den Politik- und Finanzplan, der Informationsanlass war zudem eine gute Basis. Zu den Kenngrössen im Politikplan, Seite 5. Richtigerweise heisst es in der Einleitung: "*Eine Kenngrösse für sich allein sagt meist noch wenig aus. Erst Vergleiche mit früheren Erhebungen oder mit anderen Gemeinden verleihen ihr die nötige Aussagekraft.*" Danach werden Gemeinden wie Domat/Ems im Graubünden, Hausen im Aargau und Regensdorf in Zürich erwähnt. Das sind nicht unbedingt Gemeinden, die mit Zollikofen verglichen werden können. Dort bedauern wir, dass nicht die Gemeinden Ittigen, Münchenbuchsee oder Ostermündigen in der Ausmarchung sind. Dies als Input für die Zukunft. Ansonsten finden wir es sehr gut, auch die Anpassungen im Ideenspeicher.

**Bruno Vanoni (GFL):** Ich komme zurück auf meine Warnung: Man sollte aufpassen, dass das Ganze nicht zum Papiertiger wird und Kenngrössen routinemässig mit Pfeilen versehen werden, wie auf Seite 5. Ich habe drei Beispiele: "*Beurteilung der Arbeit von Behörden*": Sie fällt kritischer aus als zum Beispiel die "*Arbeit der Verwaltung*". Beides wird in der Soll-Spalte mit einem horizontalen Pfeil versehen. Es müsste aber doch unsere Ambition sein, die Bewertung für die Behörden zu steigern und auf das Niveau der Verwaltung zu kommen.

Anderes Beispiel: *"Nettovermögen"*: Das Ziel ist Null Franken, ein Pfeil der nach unten zeigt. Wenn wir das wirklich so meinen, dürfen wir bei der Budgetdebatte nicht über das Defizit klagen, denn mit den Defiziten sind wir auf bestem Weg das Nettovermögen zum Verschwinden zu bringen.

Drittes Beispiel: Tiefe Werte für die Erschliessung für den Langsamverkehr, für die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum und erst recht für das kulturelle Angebot. Der Pfeil geht auch hier geradeaus. Auch da müssten wir doch die Ambition haben, die Werte zu verbessern – oder besser zu erklären, damit diese Punkte das nächste Mal nicht so streng bewertet werden. Oder wir sagen, dass es beim kulturellen Angebot gar nicht geht, weil es vor allem in der Stadt ist. Dann müsste man das aber eben der Bevölkerung auch besser erklären.

**Toni Oesch (fdU):** Auf Seite 7, Lagebeurteilung 2018, Gefahren von morgen *"Fehlende Bereitschaft der Grundeigentümer zur inneren Verdichtung"*. Man könnte meinen, wir hätten einen rotgrünen Gemeinderat.

**Bruno Vanoni (GFL):** Als wir das innerhalb der Fraktion anschauten, haben wir uns etwas gewundert. "Stärken von heute / Schwächen von heute: Die Feststellung, was eine Stärke und was eine Schwäche ist, hat uns eingeleuchtet. Aber darunter steht ja zum Beispiel "die wir ausbauen wollen" oder bei Schwächen "die wir überwinden wollen". Diese Zusatzbemerkungen irritieren eher. Bei der Nähe zu Bern: Wie wollen wir diese Nähe ausbauen? Und was heisst bei den Schwächen von heute "Begrenzte Baulandreserven (Arbeitszonen)"? Will man zusätzliche Reserven schaffen? Was ist mit dieser Schwäche gemeint? Vielleicht bekommen wir hier eine Antwort.

**Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP):** Im Moment sind die Arbeitszonen, die Flächen, die eingezont sind, ausgeschöpft. Wenn eine Firma nach Zollikofen kommt haben wir kaum ein Angebot. Das ist auch der Grund, weshalb wir im Richtplan Siedlung und im REK abgebildet haben, dass wir, falls es eine Erweiterung im Siedlungsgebiet punkto Arbeit geben sollte, östlich der heutigen Meiele-Arbeitszone eine Zone ausgeschieden haben. Dort könnte man allenfalls weiterfahren. Hier sehen wir momentan eine gewisse Gefahr: Wenn jemand kommt, können wir praktisch nichts anbieten.

**Toni Oesch (fdU):** Seite 11, Erläuterungen zum Umsetzungsprogramm 2020, Buchstabe b), Ziffer 3.1: *"Die Grünflächen aufwerten und vernetzen"*: Das gibt es nicht mehr, als Folge der unsäglichen Verdichtung.

Ziffer 3.6: "Amphibienwanderung schützen." Das geht auch weg. Die Idee der Restaurierung des Egelsees ist bei uns immer noch pendent.

Buchstabe c), Ziffer 2.2. *"...sichere und kindergerechte Schulwege weiterhin sicherstellen.."*. Wir werden dem Gemeinderat bald ein Papier abgeben mit dem Begehren, dass die Einmündung Heckenweg in die Schäferestrasse sicherer wird. Die Durchfahrt auf der Schäferestrasse wird immer mehr von auswärtigen von der Kirchlindachstrasse her benutzt, verbotenerweise. Und es wird zu schnell gefahren. Eine weitere Gefahr sind die geräuschlosen E-Bikes. Die Kinder hören sie nicht.

Zu Seite 12, Ziffer 4.1: *"Förderung von Gesundheit und Lebensqualität..."*. Die innere Verdichtung macht Zollikofen zur unwohnlichen Stadt und läuft dem Leitsatz diametral entgegen.

**Bruno Vanoni (GFL):** Bei den Erläuterungen zum Umsetzungsprogramm 2020, Seite 11 heisst es ungefähr *"Nicht mehr zu finden sind im Vergleich zum Vorjahr die Lösungsansätze"*. Bei der Fussnote steht, was mit den Lösungsansätzen passiert ist. Zum Beispiel *"infolge Wegfall, Ablösung der Aufgabe, eine übergeordnete Beschlussfassung oder Übergang zu einer Daueraufgabe.."* Wir könnten es uns einfach machen und sagen, es seien alle zur Daueraufgabe befördert worden, auch die Amphibienwanderung schützen, Grünflächen vernetzen und so weiter. Das ist jetzt einfach eine Behauptung. Wir würden aber gerne vom Gemeinderat hören, was mit den Punkten 2.2 bis 4.7 gemeint ist. Sind es Daueraufgaben? Sind sie überflüssig? In den nächsten Jahren hätten wir gerne, dass das beim Umsetzungsprogramm konkret angegeben würde. Bei den umformulierten Lösungsansätzen finden wir auch, dass dies

nicht eine Verschlechterung bedeuten sollte. Wir schliessen uns hier der Haltung der SP an, die zum Punkt 3.1 auf Seite 12 sagt, auch wenn es *heisse "die nachhaltige kommunale Energiepolitik weiterentwickeln..."* soll das weiterhin im Rahmen von "Energistadt" passieren, auch wenn dies nicht mehr ausdrücklich erwähnt sei.

**Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP):** Wir nehmen die Anregung auf, dass wir künftig spezifizieren ob es eine Daueraufgabe geworden ist.

**Peter Kofel (GFL):** S. 13, Punkt 1.2 *"Soziale Integration der Menschen mit Migrationshintergrund fördern."* Uns wurde zugetragen, dass ein Antrag zur Mitfinanzierung des Integrationsprojektes *"Café Mondial, Menschen treffen Menschen"* abgelehnt wurde. Wir regen an, dass die Unterstützung des Projektes in das Umsetzungsprogramm aufgenommen wird und werden dazu heute eine entsprechende Motion einreichen.

**Toni Oesch (fdU):** Auf Seite 19, *"Wir erhalten Wirtschaft und Finanzen gesund..."* Beim Punkt *"Die Gratis-Stimmcouverts abschaffen"* dachte ich eigentlich, dass die EVP sich zu Wort meldet. Dahinter heisst es *"Ist durch GGR-Entscheid vom Tisch (2009)."* Die EVP hat auch unterschrieben, dass das ein falscher Entscheid des Gemeinderates sei, die Gratis-Couverts aufzuheben. Es war also schon mal im GGR, damals hiess es *"nicht aufheben"*. Was will man denn jetzt genau?

**Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP):** Über diese Frage können Sie an der November-Sitzung des GGR befinden und zwar im Rahmen der Motion, beziehungsweise des Postulates André Tschanz, es wird Richtliniencharakter haben. Danach wird der Gemeinderat schauen, was er mit dem Entscheid des Parlamentes macht.

**Bruno Vanoni (GFL):** Seite 17, 3. Punkt heisst es: *"Eine teilobligatorische Bürgerpflicht prüfen"*, dahinter steht *"Obligatorische Elternteilnahme in Schule wird geprüft..."* Oben im Kästchen lesen wir, dass Lösungsansätze nach acht Jahren im Archiv gelöscht werden. Wir würden gerne das Ergebnis der Prüfung nach acht Jahren erfahren.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan. Das Wort ist offen für alle.

**Hans-Jörg Rhyn (SP):** Die SP-Fraktion ging davon aus, dass der Ablauf derselbe ist, wie im letzten Jahr. Dass zuerst der Politikplan und danach der Finanz- und Investitionsplan behandelt wird. Deshalb habe ich ein paar Worte allgemeiner Art zum Finanz- und Investitionsplan. Das Ergebnis der Finanzplanung lässt den Schluss zu, dass die Aussichten weiterhin nicht rosig sind. Die Stagnation bei der Entwicklung der Steuererträge und die noch immer unsicheren Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform des Bundes auf die Kantonsebene verwischen das Bild und erschweren weiterhin die Finanzplanung. Sicher ist, dass der Kanton mit seiner Steuerstrategie die Gewinnsteuer für Unternehmungen in zwei Etappen von 21.64 % auf etwa 16 % senken will. Wer dafür am meisten "bluten" wird, vernehmen wir auf die Festtage hin oder bei der Umsetzung der zweiten Etappe ab 2021.

Die kürzlich verteilte Prognose für den Abschluss 2017 mit einem Defizit von 1,7 Mio. statt 0,8 Mio. Franken verbessert das Gesamtbild nicht wirklich. Ein wenig Hoffnung darf man ja noch haben, dass die Rechnung am Schluss nicht ganz so schlecht daherkommt.

Zum Glück hat die Gemeinde Zollikofen in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet, das Geld sparsam eingesetzt und mit der vorgezogenen Abschreibung von 5 Mio. Franken am Verwaltungsvermögen die künftigen Rechnungen bereits um je eine halbe Million entlastet, sonst sähe der Finanzplan noch schlechter aus. Der Verkaufserlös des Betagtenheims und die Neubewertung der Grundstücke werden sich auch noch einigermaßen positiv auf die Finanzlage auswirken.

Die Schlussbemerkungen des Gemeinderates auf Seite 3 des Berichtes können wir aber sehr gut nachvollziehen. Die Entwicklung der Rechnungsabschlüsse, des Bilanzüberschusses, das heisst, vom Eigenkapital und der möglichen Verschuldung, muss mit grosser Aufmerksamkeit

beobachtet werden, so dass allenfalls rechtzeitig nötige Massnahmen ergriffen werden können.

Mit dem vorgesehenen Investitionsvolumen, das im Steuerhaushalt leicht unterdurchschnittliche Beträge vorsieht, sind wir einverstanden. Aufgestauten Investitionsbedarf, wie ihn andere Gemeinden gegenwärtig zu bewältigen haben, können wir nicht erkennen. Vom Finanz- und Investitionsplan nehmen wir in diesem Sinne Kenntnis.

**Toni Oesch (fdU):** Ich mache es gleich wie Hans-Jörg Rhy, ich komme jetzt zum Allgemeinen und habe später noch etwas im Finanz- und Investitionsplan. Als Grundlage nehme ich Bericht und Antrag.

Auf Seite 3 heisst es *"Ergebnis der Finanzplanung"*, dritter Absatz: Der unselige Verkauf unseres Betagtenheimes inklusive Park schlägt auch finanziell als das Ereignis im Jahr 2018 zu Buche. Wenn man die Emotionen weglässt und sich nur um die finanziellen Auswirkungen des versenkten Silberbestecks beschränkt, ist zu sagen: Zweifellos haben die 13,8 Mio. Franken Erlös nicht nur grosse Auswirkungen auf die Zahlen der Gemeinderechnung sondern auch auf das Verhalten der Finanzverantwortlichen. Das kann man unterschreiben mit: "Wir haben und vermögen es." Als Beispiele kann ich den Abbruch des Bauernhauses Bernstrasse 3 und den verworfenen Kreisel Eichenweg/Länggasse erwähnen. Die sogenannten behördengerechten Abgrenzungen würden ohne dieses ausserordentliche Ereignis nicht durchgeführt. Es wird ja vom Kanton auch gar nicht vorgeschrieben.

Beim untersten Absatz, bei den Schlussbemerkungen des Gemeinderates heisst es: *"Die Finanzplan-Ergebnisse der Folgejahre 2018 bis 2022 weisen jedoch keine Tendenz für gesunde Gemeindefinanzen aus."* Bis jetzt hiess es, man habe gesunde Finanzen und da besteht doch ein wesentlicher Unterschied.

Nun zum graublauen Heft: Es fehlen die Landverkäufe in der Schäferei. Letztes Jahr sagte Kurt Jörg, man sei noch nicht soweit. Das Volk hat jetzt aber die Verkäufe genehmigt. Wie sieht das jetzt aus?

**Finanzverwalter David Portner:** Auf Seite 2 des Finanzplans ist dieser Punkt in der ersten Spalte aufgeführt. Der einmalige Verkaufserlös aus dem Landanteil der Schäferei ist als Liquiditätszufluss gerechnet. Wann aber diese Auf- oder Abwertungen passieren, ist noch ungewiss. Dass das Geld kommen wird, ist berücksichtigt. Hier braucht es dann aber noch verschiedene Zwischenschritte.

**Bruno Vanoni (GFL):** Hier ist uns aufgefallen dass die Einnahmen-Ausfälle aus der angekündigten Steuergesetzrevision 2019 bereits eingerechnet sind, obwohl sie vom Grossen Rat noch gar nicht beschlossen sind und Referendumsdrohungen im Raum stehen. Diese Verbuchung auf Vorrat verschlechtert die Finanzplanzahlen um immerhin Fr. 200'000.00 pro Jahr. Umgekehrt sind Mehreinnahmen dank der Neubewertung der Grundstücke enthalten. Dies ist beschlossen, auch wenn das letzte Wort juristisch nicht gesprochen ist. Die Stadt Bern zum Beispiel hat angefochten, dass die Neubewertung nicht höher beschlossen worden ist. Gemäss einer Antwort des Gemeinderats auf eine Interpellation von Peter Kofel ist mit Fr. 800'000.00 Mehreinnahmen pro Jahr zu rechnen ab dem Jahr 2020. Wenn die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat diese Anpassung an die Wertsteigerung der Grundstücke nicht verzögert hätte, käme dieses Geld unserer Gemeindekasse schon ein Jahr früher zugute.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Feststellung auf Seite fünf hinweisen: Die Rechnungen haben in den letzten Jahren stets besser abgeschlossen als im Finanzplan vorgesehen war. Wir können den Finanzplan trotz der roten Zahlen also etwas gelassener zur Kenntnis nehmen.

**Toni Oesch (fdU):** Seite 8, Übersicht Investitionsplan, ganz klein geschrieben am Blattende. Dort heisst es "Technische Korrektur: = Realisationsabzug um 25 %..." Ich finde das super, das hat man immer gemacht. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Dadurch haben wir immer rund 2,5 Mio. Franken Investitionen parat.

Auf Seite 11 kann die vorhin erwähnte Kreuzungssanierung um rund Fr. 300'000 Franken auf Fr. 140'000 gekürzt werden.

### **Beschluss**

Der Politikplan 2018 - 2022 wird mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

---

57 1.601. Budget

### **Budget 2018**

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Auch hier zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird im Detail das grüne Heft "Budget 2018" diskutiert. Danach nehmen wir das rote Dossier, "Produktdefinition/Produktbudget 2018, Sekundarstufe I" und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft durch. Gibt es allgemeine Bemerkungen zum Budget?

**Hans-Jörg Rhyn (SP):** Auf 21 Seiten legt uns der Gemeinderat sehr detailliert das Budget für das Jahr 2018 vor. Ausführlich und übersichtlich wird dargelegt, welche finanziellen Bewegungen im Gesamthaushalt, im allgemeinen Steuerhaushalt und in den vier über Gebühren finanzierten Spezialhaushalten voraussichtlich stattfinden werden. Wer das alles liest, bekommt nicht nur ein Gratisseminar zur Einführung in die neue HRM2-Finanzwelt der Gemeinde, sondern kann sich auch vorstellen, was für ein gewaltiger Aufwand hinter diesem Bericht und Antrag und seinen Grundlagen steckt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese immense und wertvolle Arbeit bestens.

Wir nehmen, bezogen auf den allgemeinen, steuerfinanzierten Haushalt, folgendes zur Kenntnis:

- Eigentlich hätten wir ein Budgetdefizit von 1,48 Mio. Franken.
- Der Erlös aus dem Verkauf des Betagtenheims verbessert die Rechnung um 13,78 Mio. Franken.
- Die periodengerechte Abgrenzung der Lastenausgleiche mit dem Kanton zwingt zur doppelten Belastung im Rechnungsjahr 2018 und ergibt eine Verschlechterung um 7,67 Mio. Franken.
- HRM2 zwingt uns zu zusätzlichen Abschreibungen, beziehungsweise zur Einlage in finanzpolitische Reserven mit einem Betrag von 1,90 Mio. Franken.
- Zum Schluss ergibt sich ein Ertragsüberschuss von 2,72 Mio. Franken, der dem Bilanzüberschuss, das heisst dem Eigenkapital, zugeschlagen wird.

Das ist zwar ein einmaliges, aber trotzdem erfreuliches Ergebnis. Ganz besonders, weil es entsteht, obwohl sich Zollikofen die kostspielige Umstellung auf die periodengerechte Abgrenzung der Lastenausgleiche leistet, ohne dafür das Eigenkapital anzugreifen. Das kann sicher nicht jede Gemeinde.

Klar ist auch der SP-Fraktion, dass damit die Probleme des Finanzplans noch lange nicht beseitigt sind. Der Finanzhaushalt ist immer noch an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Aber, wie der Gemeinderat schreibt, im Budgetjahr 2018 sind keine sofortigen Massnahmen auf der Ertragsseite nötig.

Wir schliessen uns den Ausführungen des Gemeinderates an und stimmen dem Budget 2018 sowohl im steuerfinanzierten Haushalt wie auch im Bereich der Spezialfinanzierungen zu.

Die Gebührensenkung im Bereich Wasserversorgung und Abwasser begrünnen wir. Wir bitten Sie, dem Budget zuzustimmen.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Entschuldigen Sie, es ging etwas schnell, eigentlich wäre zuerst die GPK an der Reihe.

**GPK-Präsident Jürg Jenni (GFL):** Wir schmollen jetzt (Anm. d. Protokollführerin: allgemeine Erheiterung). Zur Behandlung dieses Geschäftes wurden Kurt Jörg und David Portner beigezogen. Die GPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Budgetunterlagen sowie dem Departementsvorsteher und dem Finanzverwalter für die Sitzungsteilnahme. Die Fragen der Kommission wurden beantwortet und sind jetzt geklärt.

**Gemeinderat Kurt Jörg (SVP):** Ich versuche, mich noch kürzer zu halten, ohne die Zahlen von Hans-Jörg Rhyn zu wiederholen, sie stimmen. Das Budget hat mich ausnahmsweise zum ominösen Spruch von Alt-Bundesrat Adolf Ogi veranlasst: "Freude herrscht". Es gibt sicher im Kanton Bern wenige Finanzverwalter, die ein solches Budget präsentieren dürfen. Ich unterstreiche aber das vorher Gehörte dreifach: Es entstand durch Sondereffekte. Effektiv wäre ein Defizit von 1,4 Mio. Franken vorhanden. Nehmen wir einfach zur Kenntnis, dass wir ein gutes Jahr haben durch diese Sondereffekte. Was noch schöner ist: Dass wir die periodengerechte Abgrenzung bei den Lastenausgleichen auf einmal vornehmen können. Es stimmt auch, was gesagt wurde, es gibt auch keine gesetzliche Vorgabe, es wurde herausgeschoben, die Abgrenzungen werden möglicherweise in nächster Zeit vom Kanton empfohlen und werden dann gemacht werden müssen. Für die Einmaleffekte des Altersheims, konnten wir das "unger-einisch" im nächsten Jahr vornehmen. Das ist schön und wir können froh sein, dass es so ist. Andererseits haben wir rückläufige Steuereinnahmen, das muss zu denken geben. Dies bei einer wachsenden Bevölkerung. Detailliert gehe ich nicht darauf ein, die anderen Punkte hat Hans-Jörg Rhyn erwähnt.

Ein Wort noch zur Abschlussprognose, Sie haben sie erhalten. Wir haben in den Prognosen fast Fr. 890'000.00 mehr Defizit als budgetiert war. Es war aber auch geschrieben, dass das nicht in Stein gemeisselt ist. Die Steuereinnahmen konnten einfach auf diesen Fakten berechnet werden, die anfangs Jahr sind nicht immer sehr genau. Aber es ist kaum zu erwarten, dass ein kleineres Defizit eintreten wird, als die fast Fr. 800'000.00, die budgetiert sind. Dies zur Kenntnisnahme, wieviel besser es eben ausfällt als die 1,68 Mio. Franken wissen wir auch nicht. Ich bitte Sie, das Budget so zu bewilligen und danke der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit, die Begleitpapiere dazu, alles ist übersichtlich und gut erklärt.

**Marcel Remund (FDP):** Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Finanzverwalter, seinem Team und dem Gemeinderat für die gute und transparente Darstellung des Budgets 2018 und die Abschlussprognose.

Leider zieht sich der Trend der strukturellen Defizite und der mangelnden Selbstfinanzierung in der Gemeinderechnung weiter. Wir sehen dies in den letzten Jahresabschlüssen, in der Abschlussprognose 2017 und auch in den Finanzplänen bis 2022. Vom positiven Vorzeichen im Budget 2018 darf man sich nicht blenden lassen. Um Sondereffekte bereinigt liegt der Verlust bei 1,5 Mio. Franken.

Angeblich sinkende Steuereinnahmen werden gerne als Gründe für negative Abschlüsse erwähnt. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass es Schwankungen im Steuerertrag geben kann. Im langjährigen Trend nimmt der Steuerertrag zu. Wenn man die Steuereinnahmen positiv beeinflussen will, liegt die Lösung sicherlich nicht in Steuersatzerhöhungen sondern in der Attraktivitätssteigerung der Gemeinde; das heisst, keine unnötigen Behinderungen bei der Schaffung von neuem Wohn- und Arbeitsraum und keine gemeindeeigenen Überregulierungen.

Eine nachhaltige Sanierung kann nur über Ausgabensenkungen erfolgen. Es wurden Anstrengungen unternommen, um Ausgaben weniger stark wachsen zu lassen oder zu senken. Das Problem des zu hohen Aufwandes in der Gemeindekasse bleibt jedoch bestehen. Leider sind die beiden grössten Nettoaufwandsbereiche Soziale Sicherheit und Bildung nur bedingt durch die Gemeindepolitik steuerbar. Die Ausgaben für die wirtschaftliche Sozialhilfe werden weiter steigen. Darum sind konsequente Missbrauchsbekämpfung und auch mal die Verweigerung von nicht zwingenden Sozialleistungen ein Gebot der Stunde. Sonst verliert dieses wichtige soziale Auffangnetz die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Trotz den trüben Aussichten wird die FDP-Fraktion dem Budget so zustimmen. Das Eigenkapital ist dank den Sondereffekten genug hoch. Wichtig ist es, die Zeit zu nutzen, um weitere Einsparpotentiale zu realisieren.

**Peter Nussbaum (SVP):** Auch wir danken den Verfassern für das aufwändig und sauber aufgestellte Budget. Dass es positiv ausfällt ist keine Überraschung mehr. Wenn ich aber das Ergebnis ohne Sondereffekte betrachte, erschrecke ich schon ein wenig. Da stehen 1,5 Mio. Franken Aufwandüberschuss. Wenn man die Abschlussprognose für das laufende Jahr anschaut, welche ein Negativergebnis in ähnlicher Höhe prognostiziert, fragt man sich schon wie lange es noch geht, bis über Steuererhöhungen diskutiert werden muss. Insbesondere der Trend bei den Steuererträgen gibt zu denken. Umso wichtiger ist es, dass der Erlös des Betagtenheimes in den allgemeinen Haushalt einfliesst und damit die bereits erwähnten periodischen Abgrenzungen gemacht werden können. Wie Kurt Jörg es erwähnt hat, werden diese früher oder später vom Kanton vorgegeben werden.

Das Detailbudget haben wir studiert und bei der einen oder anderen Ausgabeposition Spielraum festgestellt. Solange jedoch keine Erhöhungsanträge auf Ausgabenseite gestellt werden, verzichten wir auf Kürzungsanträge und genehmigen das vorliegende Budget.

**Marceline Stettler (GFL):** "Freude herrscht" tönt es auf dieser Seite, "nicht erfreulich" auf der andern. Sondereffekt hin oder her und auch die Tatsache, dass die Erfolgsrechnung in den letzten Jahren stets besser abgeschlossen hat als budgetiert, beziehungsweise als im Finanzplan vorgesehen war, hilft uns jetzt nicht wirklich weiter.

Das Budget schliesst mit einem Defizit von rund 1,5 Mio. Franken ab, defizitäre Prognose, tiefer Selbstfinanzierungsgrad und so weiter. Ich verzichte darauf, weitere Zahlen zu wiederholen.

Wir haben aber ein Budget vor uns, das von der Verwaltung, in der Finanzkommission und im Gemeinderat mehrmals "gstriglet" worden ist. Die eine Gruppe hat Beträge gestrichen, weil sie sie als nicht wichtig erachteten, die andere Gruppe hat diese zum Teil wieder eingebracht. Die Beträge, die schlussendlich wirklich gespart wurden, sind aber im Verhältnis zu Gesamtausgaben von gegen 48 Mio. Franken eher bescheiden. An diesem Resultat ändert auch die laufende Aufgabenüberprüfung nicht wirklich viel. Mit den vorliegenden negativen Finanzplannergebnissen ist das praktisch ausgeschlossen, dass künftig mit einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung gerechnet werden kann. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge blicken. Was nun? Aus unserer Sicht müssten auch sogenannte nicht freiwillige Aufgaben wie zum Beispiel der Strassenbau betreffend ihrer effizienten Erfüllung angeschaut werden. Weiter ist einer der meist genannten Gründe die sinkenden Einkommenssteuererträge von natürlichen Personen. Interessant wäre ein diesbezüglicher Vergleich mit andern Gemeinden. Ist Zollikofen ein Sonderfall? Fallen wir aus dem Rahmen und wenn ja, warum?

Wir werden dem Budget zustimmen, wenn auch ohne Begeisterung. Wir sagen Ja, weil dieses Budget aus unserer Sicht dank der trotz allem guten Finanzlage von Zollikofen vertretbar ist. Stellvertretend für die GFL bedanke ich mich beim Finanzverwalter und seinem Team für den zweifellos grossen Aufwand und die äusserst saubere Arbeit. Wir haben ein sehr umfangreiches und detailliertes Budget mit unerhört vielen Zahlen, Nachweisen und Erklärungen vor uns.

Was uns nach wie vor Mühe macht ist die Tatsache, dass in spätestens drei Jahren der ganze Gewinn vom Verkauf des Betagtenheims, das Resultat eines eindrucklichen, generationenübergreifenden Projektes, still und unmerklich versandet ist. Schade.

**Mario Morger (glp):** An erster Stelle möchte ich der Finanzverwaltung, dem Finanzvorsteher und der Finanzkommission für die ausgezeichnete Arbeit zur Erstellung des Budgets danken. Vor allem die Kommentare und Erläuterungen zum Budget 2018 geben eine sehr gute Übersicht zu den Anschaffungen und längerfristigen Unterhaltsarbeiten. Was wir sehr begrüßen, ist die Senkung der Wasser- und Abwassergebühren. Es ist Zeit, die überdimensionierten Reserven, die in der Vergangenheit aufgebaut wurden, etwas zu reduzieren. Die grosse Frage bleibt einmal mehr, wie man mit dem strukturellen Defizit umgehen soll. Das scheint immer grösser zu werden. Für 2018 wird es auf 1,5 Mio. Franken geschätzt. Aber die neuste, nach

unten korrigierte Prognose für die Rechnung 2017, die wir kürzlich erhalten haben, lässt vermuten, dass es noch härter kommen könnte.

Ich habe ein ungutes Gefühl. Seit einigen Jahren wird immer wieder gesagt, dass die Gemeinde in naher Zukunft an ihre finanziellen Grenzen stossen wird. Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, eine Strategie zu entwickeln, wie man weiterfahren will. Die Steuererträge brechen in Zollikofen weg. Wir leben von vergangenen, besseren Zeiten und verbrauchen mühsam aufgebautes Eigenkapital. Die Kollegin der Grünen Fraktion hat es gesagt: Die 13,7 Mio. Franken aus dem Verkauf des Betagtenheims werden einfach so aufgebraucht.

Was es jetzt dringend braucht, ist eine Analyse der Gründe, weshalb sich die Steuereinnahmen entgegen des kantonalen positiven Trends so schlecht entwickeln. Vermutlich hat sich etwas mit der Standortattraktivität in den letzten Jahren verändert, die Mittel- und Oberschicht fühlt sich vermutlich nicht mehr so wohl wie in der Stadt Bern mit Stichwort Themen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es gibt auch noch weitere Themen, mit denen wir uns sicher beschäftigen werden.

Wir regen an, dass der Gemeinderat eine Analyse zu den Gründen der schlechten Entwicklung der Steuererträge macht. Wenn er es nicht von sich aus anbietet, werden wir einen entsprechenden Vorstoss formulieren, oder den einer anderen Partei unterstützen.

Wir Grünliberalen hatten bis anhin die Investitionen im Fokus, weil sie die Ausgaben der nächsten 25 bis 40 Jahre auslösen. Aber auch wir wollen eine gesunde Infrastruktur und das Sparpotential immer von Fall zu Fall beurteilt haben. Es braucht also Ideen des Gemeinderates und von allen Parteien, wie wir unsere Finanzen gesund erhalten wollen. Wir Grünliberalen sind bereit, konstruktive Vorschläge zu unterstützen und wir überlegen uns, mit eigenen Vorstössen Lösungen einzubringen.

In der Hoffnung, dass es dem Parlament und dem Gemeinderat endlich gelingt, eine Handlungsalternative aufzuzeigen, beziehungsweise zu finden, stimmen wir dem Budget 2018 zu.

**Toni Oesch (fdU):** Fürs Budget 2018 werden wieder in Bericht und Antrag und im grünen Detailheft die effektiven Zahlen des Vor-vor-Jahres eingefügt. Das erleichtert die Analyse der Budgetzahlen wesentlich. Herr Portner verdient dafür vielen Dank, auch seiner Equipe, für den guten Job. In der Botschaft wird leider nur auf das Vorjahr verwiesen. Das verfälscht die Aussagen bei etlichen Positionen.

Das Jahr 2018 des allgemeinen Haushalts, das heisst, ohne Berücksichtigung der Sonderereignisse, wird voraussichtlich mit einem Defizit von 1,48 Mio. Franken abschliessen. Unter normalen Umständen wäre dieses Ergebnis verantwortungslos. Aber da kommt das alles beherrschende Ereignis, nämlich die Verscherbelung unseres beliebten Betagtenheims inklusive Park, für 13,8 Mio. Franken zu Hilfe. Durch Umstellung auf einen neuen Abgrenzungsmodus Ende Jahr und zusätzliche Abschreibungen resultiert jedoch ein reduzierter Ertragsüberschuss von gut 2,72 Mio. Franken.

An dieser Stelle erwähnen wir jeweils die ökonomische Wetterlage. In den USA als Nachwelt-Marktleader hat die Konjunktur gut angezogen. Fed-Chefin Yellen hat dieses Jahr die Zinsen zweimal leicht angehoben. Sie will die 600 Milliarden Staatsanleihen abbauen. Ob sich die Absichten des Präsidenten Trump verwirklichen, ist ungewiss, nämlich Steuersenkungen und ein massives Konjunkturprogramm. Dazu gehört auch die Ungewissheit, was im Fernen Osten passiert. Man muss wissen, dass dort keine OSZE wie in Europa besteht und Südkorea das Waffenstillstandsabkommen nicht unterschrieben hat.

Die europäische Zentralbank beharrt weiterhin auf einem Leitzins von 0,0 %. Bei uns zieht die Konjunktur an. Auch der schwächere Franken gegenüber dem Euro hat Wirkung. Die SNB will weiterhin die Negativzinsen beibehalten. Wenn die Tendenz der Abschwächung der Masseneinwanderung und des Flüchtlingsstroms weiter anhält, wird bei uns eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt erfolgen. Wir haben nämlich immer noch zu viele Arbeitslose. Wenn man diese Wetterlage auf die Verhältnisse von Zollikofen hinunterschraubt, können wir zuversichtlich sein, dass wir weiterhin von Jahr zu Jahr steigende Steuereinnahmen generieren können. Die Beschäftigten von Zollikofen sind mehrheitlich im tertiären Sektor tätig. Konjunkturschwankungen und die Finanzkrise von 2008 sind kaum merkbar gewesen.

Ich komme zu Bericht und Antrag: Letztes Jahr ist die Umstellung von HRM 1 auf HRM 2 vollzogen und aus unserer Sicht auf eine zu kurze Abschreibungsdauer von linear zehn Jahren

festgesetzt worden. Köniz geht auf 18 Jahre wie es der Kanton erlaubt. Das heisst, dass Anlagen im Verwaltungsvermögen in dieser Zeit auf null gesetzt werden. Der Gemeinderat ist der falschen Meinung, er könne damit über Abbruch oder Verkauf mit Umgehung des GGR oder der Stimmberechtigten selbst bestimmen.

Seite 4, Ziffer 3, Bezug zum Leitbild *"Gesunde Finanzen sind zum Wohle aller zu erhalten"*.

Hier wiederhole ich die Aussage des Gemeinderates zum Geschäft Finanz- und Investitionsplan: *"Die Finanzergebnisse der Folgejahre 2019 bis 2022 weisen jedoch keine Tendenz für gesunde Gemeindefinanzen aus"*. Ich zitiere diese Aussagen, weil sich bisher alle auf die Schultern geklopft haben mit *"wir haben gesunde Gemeindefinanzen"*.

Seite 6, erster Absatz, Fortsetzung von Transferaufwand, Ergänzungsleistungen: In Berücksichtigung der Abschlussprognose wird ein Aufwand von Fr. 2'193'000.00 budgetiert. Dazu eine Bemerkung: Anlässlich des Wirtschaftsanlasses der Gemeinde vom 21. Juni 2017 hat Werner Müller der Senevita und Ex Marazzi über die Logispreise im neuen Alterszentrum referiert und dabei gesagt, wenn die AHV und Rente nicht ausreichen, um die Mieten zu bezahlen, habe man ja die Ergänzungsleistungen. Also unsere Steuergelder gehen in die Säcke der Aktionäre eines französischen Konzerns und eines Luzerner Öl-Magnaten.

Seite 6, Fiskalertrag, Einkommenssteuern natürlicher Personen: Es heisst, gegenüber dem Budgetvorjahr sei eine Abnahme zu verzeichnen. Die Aussage stimmt, stiftet aber Verwirrung, weil für das Vorjahr zu hoch budgetiert worden ist. Das sagt auch die neueste Abschlussprognose. Jedes Jahr steigt der Ertrag aus Steuern natürlicher Personen. Hier lege ich die Zahlenreihe auf, die ich gestern mit David Portner abgecheckt habe (*Anm. d. Protokollführerin: Toni Oesch legt eine Statistik unter den Visualizer*). 2016: 17,18 Mio./ 2017: Budget 18,68 Mio./ 2018: Budget 18,32 Mio. Franken. Die Zunahme von 2016 zu 2018 beträgt 1,14 Mio. Franken. Gemäss Abschlussprognose wird das 2017 um etwa 1 Mio. Franken tiefer liegen, also bei etwa 17,7 Mio. Franken.

Seite 11, Finanzplanresultate, Ausblick: Hier wird im dritten Absatz zum Verkauf des Betagtenheims erwähnt, dass nebst dem Liquiditätszufluss auch die Selbstfinanzierung verbessert wird und *"der wie in den Vorjahren dargelegte Trend einer zunehmenden Neuverschuldung bestehen bleibt"*. Dazu könnten wir sagen, dass wenigstens ein Teil des Verkaufserlöses jenen zu teil werden sollte, die sich mit Rat und Tat und vor allem mit ihren Steuergeldern geholfen haben, dieses gemeindeeigene Heim zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten. Damit meine ich eine Auszahlung in Cash. Aber es heisst im Leitbild, „zum Wohle aller“, genauer gesagt, in naher Zukunft keine Steuererhöhung. Aber nicht vergessen, nächsthin kommt die Erhöhung der Immobilien-Schatzungswerte und damit Mehrertrag beziehungsweise –belastung aus Vermögens- und Liegenschaftssteuern, sowie aus der Erhöhung der Eigenmietwerte. Gut ist in diesem Zusammenhang, dass wenigstens wichtige Gebühren nochmals gesenkt werden, nämlich die Wasser- und Abwassergebühren.

Noch eine Bemerkung zu den Steuern: Letztes Jahr ist von freisinniger Seite eingebracht worden, wir sollten mehr Neuzuzüger zu uns holen, natürlich steuerkräftige. Vergessen wird dabei, dass durch die Berechnungen der Beiträge an die Lastenausgleiche die Zunahme der Einwohner mehr gewichtet, als die Steuereinnahmen.

Auch vergessen werden die Investitionen für die Infrastruktur wie Strassen, Trottoir, Kanalisationen, Kindergärten, Schulen und anderes mehr. Das können wir aus Erfahrung sagen: Zollikofen hat nach dem Krieg einen enormen Zuwachs an Einwohnern erlebt und jahrzehntelang einen beträchtlich höheren Steuerfuss gehabt als die Stadt Bern. Mit der Aufhebung der Einfamilienhauszone und der zukünftigen Verdichtung des Siedlungsgebietes können Sie keine zahlungskräftigen Steuerpflichtigen herlocken. Man muss sogar damit rechnen, dass gute Steuerzahler wegen dieser Verdichtung wegziehen.

*20.45 Uhr: Markus Burren erscheint. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.*

**Gemeinderat Kurt Jörg (SVP):** Zum Votum von Mario Morger kann ich sagen, dass wir im Departement Finanzen daran sind, diese Analyse anzudenken, aber es ist noch nicht abgeschlossen. Im Verlauf des nächsten Jahres werden wir voraussichtlich etwas liefern können.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Wir kommen zur Detailberatung des Budgets 2018 und nehmen das grüne Heft zur Hand. Wer sich meldet, der soll bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss kann der Gemeinderat Stellung nehmen.

**Toni Oesch (fdU):** Konto 9, Finanzen und Steuern, Seite 27, Konto 9100.4000.01, Einkommenssteuern: Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass die Budgetzahlen 2017 viel zu hoch eingesetzt wurden und etwa bei 17,8 Mio. Franken liegen. Auf Seite 12 des Berichtes und Antrages ist ersichtlich, dass der Steuerertrag natürlicher Personen, also Einkommens- und Vermögenssteuer zusammen, von 2016 auf 2018 einen Mehrertrag von Fr. 522'000.00 ergeben wird. 2017 liegt dazwischen.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Nun geht es um die Beratung des roten Dossiers "Produktdefinition/Produktbudget 2018". Wir gehen produkteweise durch. Das Wort ist offen für alle. Das Wort wird nicht verlangt. Die Geschäftsberatung ist damit abgeschlossen.

**Beschluss** (33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

Die Produktdefinitionen für den NPM-Bereich Sekundarstufe (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2018 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2018 von Fr. 376'860.00 werden, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2018, genehmigt.

**Beschluss** (32 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

C) Zu Handen der Urnenabstimmung:

1. Für das Jahr 2018 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
  - a) Ordentliche Steueranlage: Das 1,40fache der gesetzlichen Einheitsansätze
  - b) Liegenschaftssteuern: 1,0 ‰ des amtlichen Wertes
2. Das Budget der Erfolgsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Nun folgt die Beratung der Botschaft. Zuerst möchte ich das Wort für allgemeine Äusserungen freigeben. Anschliessend gehen wir die Botschaft seitenweise durch. Gibt es allgemeine Äusserungen zur Botschaft?

**Mario Morger (glp):** Zur Botschaft habe ich eine allgemeine Bemerkung, ich wäre froh, wenn sie im nächsten Jahr berücksichtigt werden könnte. Es werden recht hohe Anforderungen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gesetzt mit dieser Botschaft. Es ist klar, das ist keine einfache Materie. Als Ökonom kann ich die Botschaft gut nachvollziehen, aber genauso gut kann ich mir vorstellen, dass man ohne Hintergrundwissen sehr schnell überfordert sein kann. Mein Wunsch für die Zukunft wäre, sprachlich noch etwas sensibler an die Sache heranzugehen und noch zwei oder drei zusätzliche redaktionelle Runden mehr einzuplanen.

**Hans-Jörg Rhyn (SP):** Seite 4, Erläuterung zu den einzelnen Aufgabenbereichen. Unter allgemeine Verwaltung heisst es ab Zeile 70: *"Im Jahr 2018 finden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt, was zu einer Aufwanderhöhung bei der Legislative führt."* Dort müsste man sagen: *"...was zu einer Aufwanderhöhung im Konto der Legislative führt."*

**Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Toni Oesch (fdU):** Die Beträge des Vorjahres sind allgemein im Kästli aufgeführt aber leider nicht im Kommentar.

**Bruno Vanoni (GFL):** Seite 3, Zeilen 5 bis 7: Dort wird auf "Ertragswirksamer *einmaliger Erlös aus dem Verkauf des Betagtenheims von 13,78 Mio. Franken*" hingewiesen. Rechts davon, ab Zeile 50 wird aufgeschlüsselt, wofür das eingesetzt wird. Es werden zwei Einsätze erwähnt. Die 7,67 Mio. Franken Lastenanteile Sozialhilfe, Sozialversicherungen und Familienzulagen für Nichterwerbstätige und die Vornahme der systembedingten zusätzlichen Abschreibungen mit einer Einlage in finanzpolitische Reserven von 1,9 Mio. Franken. Zusammengezählt gibt das noch nicht die ganze Summe. Auf Zeile 51 sollte deshalb "teilweise" oder "grösstenteils" eingefügt werden. Der einmalige Erlös wird grösstenteils durch diese zwei Punkte eingesetzt. Der dritte Teil ist hier nicht erwähnt, er geht woanders hin.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Hans-Jörg Rhyn (SP):** Wenn man zuoberst auf Seite 3 liest: "*Beibehaltung der kommunalen Steueranlage von 1,40 Einheiten.*" Das gehört offenbar zur Aussage, Zeilen 39 und 40, "*Im Budgetergebnis 2018 sind folgende Sonderereignisse enthalten*". Dann folgt die Tabelle und obenerwähnter Satz. Die Beibehaltung der kommunalen Steueranlage ist meines Erachtens kein Sonderereignis. Dort müsste man vermutlich oben wiederholen "*das Budget 2018 sieht vor...*"

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Toni Oesch (fdU):** Seite 3, Zeile 62 ff.: "*Der Steuerertrag aus Einkommenssteuern natürlicher Personen (Haupteinnahmequelle) verzeichnet gegenüber dem Budgetvorjahr eine Abnahme.*" Die Aussage ist nicht falsch, es sollte aber hier das Jahr 2016 erwähnt werden. Ich stelle keinen Antrag. Hier wird zum ersten Mal der Begriff "Haupteinnahmequelle" verwendet. Er ist von grosser Bedeutung.

Zu Zeile 75: "*Es ist jedoch festzuhalten, dass ohne die Sonderereignisse ein defizitäres Budget von rund einem Steueranlagezehntel resultieren würde.*" Ich schlage vor, dort 1,48 Mio. Franken einzufügen.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Bruno Vanoni (GFL):** Seite 8, rechte Spalte, Zeile 55 ff: "*Infolge der verbesserten arbeitsmarktlichen Situation Jugendliche...*" Hier müsste es doch heissen "*...für Jugendliche...*"?

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Mario Morger (glp):** Seite 9, Zeile 75: Die Tageskarten sollen von Fr. 42.00 neu auf Fr. 44.00 zu stehen kommen: Ist das im Budget berücksichtigt?

**David Portner, Finanzverwalter:** Das ist im Budget so enthalten.

**Toni Oesch (fdU):** Seite 11, Zeile 20, Finanzen und Steuern. Hier wäre es angezeigt, auch das Jahr 2016 zu erwähnen, nämlich einfügen nach dem 2. Satz "*Die allgemeinen Gemeindesteuern etc...*": "*Die Einkommenssteuern natürlicher Personen betragen 2016: 17,18 Mio. Franken, Budget 2017: 18,68 Mio. Franken und 2018: 18,32 Mio. Franken.* Diese Zahlen ergeben sich aus dem grünen Heft, Seite 27, Konto Einkommenssteuern. Die habe ich gestern mit David Portner abgestimmt.

### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Bruno Vanoni (GFL):** Darf ich nochmals auf die Tageskarte auf Seite 9 zurückkommen. Der Gemeinderat hat ja den Beschluss zur Preiserhöhung bereits gefasst. Demzufolge könnte man auf Zeile 73 das Wort "voraussichtlich" rausnehmen.

#### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

**Peter Nussbaum (SVP):** Seite 11, Zeile 15, beim Kästli mit den Zahlen: Ich schlage vor, bei den Millionenbeträgen auf die Angabe von Rappen zu verzichten.

**GGR-Ratspräsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Das ist so aufgenommen, besten Dank.

**Marco Bucheli (SVP):** Ich ergänze das Votum von Toni Oesch. Die Zahlen sind im Anhang ersichtlich.

**Toni Oesch (fdU):** Aber dort ist nur eine Zusammenfassung der Steuern enthalten.

**Bruno Vanoni (GFL):** Seite 13, dritter Punkt, Kreuzung Eichenweg/Länggasse. Dort müsste die Zahl von 0,47 auf 0,145 angepasst werden.

#### **Beschluss**

Der Antrag wird angenommen.

#### **Beschluss** (mehrheitlich)

##### A) In eigener Kompetenz:

Der Botschaftsentwurf wird genehmigt.

---

58 25.321. Verpflichtungskredite

#### **Ersatzbeschaffung Gemeindefahrzeug für Werkhof; Abrechnung Verpflichtungskredit**

#### **Beschluss**

Die Abrechnung mit Kosten von Fr. 165'998.60 und einer Unterschreitung von Fr. 1.40 wird zur Kenntnis genommen (Konto 6150.5060.02).

---

59 1.92.1 Motionen

#### **Motion Markus Dietiker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr bezahlbare Wohnungen und faire Mietverhältnisse in der Gemeinde Zollikofen dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses"; Erheblicherklärung**

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Das Eintreten ist vorgegeben, die Antwort liegt vor, das Wort hat der Motionär.

**Markus Dietiker (SP):** Als SP-Fraktion halten wir an der eingereichten Motion fest. Enttäuscht nehmen wir die Antwort des Gemeinderates zur Kenntnis. Wir bedauern es sehr, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, ein gutes Instrument für die Mieterinnen und Mieter in der Gemeinde Zollikofen näher zu prüfen.

Die Antwort des Gemeinderates hinterlässt den Eindruck, dass sich unsere Gemeinde nur für Investoren und Hauseigentümer einsetzt, aber nicht für Bürgerinnen und Bürger, die lediglich

mieten und sich ein Eigenheim nicht leisten können. Es wird gewarnt, dass die Formularpflicht sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken könnte. Das ist schlicht falsch. Mit Liegenschaften und dem Vermieten von Wohnungen kann man immer noch viel Geld verdienen. Die durchschnittlichen Renditen liegen zwischen 5 und 8 %. Das liegt weit über dem Referenzzinssatz.

Was ist das Ziel der Motion? Es geht nicht darum, dass der Gemeinderat sich mit dem Regierungsrat in Verbindung setzen sollte, damit bei Mieterwechsel die Vormiete offengelegt wird. Es geht auch nicht darum, dass der Gemeinderat eine Regelung auf Gemeindeebene erarbeiten und sich selbstständig in den Mietermarkt einmischen muss. Die Motion verlangt keine direkte Änderung, sondern lediglich die Deponierung des Anliegens beim zuständigen Regierungsrat. Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Wohnungswesen ist eine solche teilweise Einführung der Formularpflicht gemäss Artikel 270 Absatz 2 Obligationenrecht explizit zulässig.

Jährlich werden 35 Milliarden Franken an Mieten bezahlt. Das ist eine rechte Summe. Die Mieten sind in den letzten 10 Jahren im Schnitt um 9 % gestiegen, obwohl die Hypothekarzinsse von 3,5 % auf 1,5 % gesunken sind. Wegen der Zinsbildung hätten die Mieten ebenfalls sinken sollen, sind sie aber nicht. Der Grund: Mietzinse werden nicht automatisch an den Referenzzins angepasst. Ausgaben für die Miete stellen für viele Familien, junge und alte Menschen einen grossen monatlichen Budgetposten dar. Wir dürfen nicht vergessen: Die Schweiz ist eine Nation von Mieterinnen und Mietern und das wird so bleiben. Es ist deshalb notwendig und richtig, einen anständigen Schutz für den Grossteil der Bevölkerung zu garantieren.

In unserer Bundesverfassung steht im Artikel 41, Absatz 1, Buchstabe e folgendes: *"Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zur persönlichen Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass Wohnungssuchende für sich und ihre Familien eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können."*

Es soll und darf nicht sein, dass mit einem Grundbedürfnis, dem Recht auf Wohnen, spekuliert wird und grosse Gewinne gemacht werden. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es höchste Zeit, mietzinsdämpfende Instrumente einzuführen. Verschiedene Studien und Erfahrungen aus anderen Kantonen haben gezeigt, dass die Offenlegung der Vormiete mittels Formular leicht umsetzbar und ein wirksames Instrument ist.

Schon heute kennen mehrere Kantone die Formularpflicht. Im Kanton Zürich ist sie 2013 wieder eingeführt worden. Die Formularpflicht hat zu einer markanten Erhöhung der Anfechtungsfälle geführt. Das wurde meistens aussergerichtlich beigelegt und die Mietzinse wurden gesenkt. Das zeigt klar auf, dass die Formularpflicht eine mietzinsdämpfende Wirkung hat. Ich möchte noch einige Anmerkungen zur Begründung des Gemeinderates machen. Es scheint so, als suche der Gemeinderat Gründe für den Erhalt der Intransparenz. Für eine mieterfeindliche Politik und eine Unterstützung der Goldgräberstimmung bei den Vermietenden.

Zur Vertragsfreiheit: wer Transparenz schafft, sorgt gleichzeitig für Vertrauen zwischen Vermietenden und Mietenden. Wer den Mietzins anpasst und dafür berechnete Gründe hat, muss sich nicht fürchten, dass der Mietzins angefochten wird. Vielmehr hat die Offenlegung der Vermietung eine präventive Wirkung. Wer transparent und ehrlich ist und keinen missbräuchlichen Mietzins verlangt, stösst auf höhere Akzeptanz bei den Mietenden und erspart sich ein Verfahren.

Wie die Entwicklung im Kanton Zürich zeigt, ist die Entwicklung der Formularpflicht sehr wohl ein wirksames Mittel gegen unberechtigte Mietzinssteigerungen. Transparenz auf dem Mietmarkt schafft faire Verhältnisse. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, zeitgemässe und attraktive Voraussetzungen im Gemeindegebiet zu schaffen und zu erhalten.

Genau mit dieser Motion würde sich die Gemeinde Zollikofen zu einer fairen Mietzinspolitik bekennen. So könnte der unverhältnismässige hohe Anstieg der Mieten teilweise verhindert werden. Dies führt nicht zuletzt dazu, dass die Gemeinde Zollikofen eine attraktive Wohngemeinde bleibt. Die Massnahme führt zu einer höheren Transparenz, mehr Fairness und somit auch zu Konsumentenschutz. Mit der Bekanntgabe des Vormietzinses werden auch die Rechte der Mieter besser geklärt.

Zusätzliche Regulierung für den Mietwohnungsmarkt: Dass der Gemeinderat im anscheinend überregulierten Mietmarkt keine weitere Regulierung begrüsst, ist unverständlich. Die vielen Anfechtungsfälle im Kanton Zürich zeigen deutlich, dass es eine Regulierung im Mietmarkt

braucht. Die Erhöhung des Mietzinses bei Mieterwechsel ist einer der Hauptgründe für die Zunahme von teurem Wohnraum. Für die Vermieter ergibt sich kein administrativer Mehraufwand. Dieses Argument wird nur als Vorwand verwendet, um weiterhin ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen zu ermöglichen.

**Formularpflicht:** Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Wohnungswesen ist eine solche teilweise Einführung der Formularpflicht gemäss Artikel 270, Absatz 2, Obligationenrecht explizit zulässig. Der Gemeinderat muss sich nicht vor einem Alleingang fürchten. Der Gemeinderat der Stadt Bern, der nach den Herbstferien über eine ähnliche Motion betreffend Einführung Formularpflicht abgestimmt hat, ist in seiner Botschaft an den Stadtrat auch zum Schluss gekommen, das Geschäft zur Annahme zu empfehlen und beim Regierungsrat vorstellig zu werden.

In diesem Sinn möchten wir den Gemeinderat bitten, seine Pflichten wahrzunehmen und auszuführen, wozu das Parlament ihn beauftragt und politische Entscheide erst abzuwarten, bevor er Aufgaben annimmt oder ablehnt.

**Respektieren von politischen Entscheiden:** Wie der Gemeinderat korrekt bemerkt, ist die Einführung der Formularpflicht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene gescheitert. Die Kantone haben aber das Recht, die Formularpflicht für Teile des Kantonsgebietes einzuführen. Das ist sehr wohl politisch korrekt, dass von Wohnungsnot betroffene Stadt- und Agglomerationsgemeinden beim Regierungsrat vorstellig werden und um eine Einführung bitten.

Als Gemeinde haben wir in vielen Bereichen das Recht auf Gemeindeautonomie, wo bleibt diese, wenn wir sagen, Bund und Kantone hätten schon entschieden? Letztlich kann man sich die Frage stellen, was gegen Transparenz und Ehrlichkeit spricht? Es sind für mich die Grundlagen des Vertrauens. Die SP-Fraktion hält deshalb an der Motion fest und bittet Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

**Gemeinderat Kurt Jörg (SVP):** Zum eben Gesagten hat der Gemeinderat auch noch ein paar Worte beizusteuern. Es ist nicht abzustreiten, dass mehr Formulare mehr Arbeit geben. Angenommen, wir würden das in Zollikofen einführen, Verwaltungen, die mehr als ein Haus verwalten und in verschiedenen Gemeinden tätig sind, hätten so unterschiedliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Ich glaube auch nicht, dass jeder Vermieter unehrlich ist, auch wenn er die Mietzinse der Vormieter nicht offenlegt. So, wie das gesagt wurde, überkommt einem das Gefühl, Vermieter seien ausschliesslich unehrenhafte Geschäftsleute.

Wohnungsnotstand gibt es in Zollikofen überhaupt nicht, das ist deklariert und es steht in der Antwort. Davon sind wir weit weg. Wenn übergeordnete Behörden des Kantons die Sache abgelehnt haben, wieso kann das denn nicht einfach akzeptiert werden. Warum muss man von Gemeindeseite her aktiv werden und eine Lösung suchen, wenn gar kein Grund besteht? Das würde vielleicht bei Wohnungsnotstand etwas bringen. Es bringt Verwaltungs- und Gerichtsaufwand. Und wenn es nicht vor Gericht geht, dann vor die Schlichtungsbehörde.

Auch alle gerechtfertigten Mietzinserhöhungen müssen dann abgehandelt werden, der Mieter sieht das oft nicht sofort, der Vermieter muss dann ellenlang begründen, weshalb er das tun darf.

Dass eine Wohnung eins zu eins weitergeht ist selten. Meist muss immer irgendetwas renoviert werden. Der Referenzzinssatz bei den Mieten wird heute angepasst. Jeder Mieter hat das Recht, das einzufordern, wenn der Zinssatz sinkt und es der Vermieter nicht von selber macht. In Zollikofen haben wir recht viel günstigen Wohnraum. Es gibt keinen Grund, eine Insellösung zu suchen und die Formularpflicht einzuführen. Ich bitte Sie im Namen des Gemeinderates, die Motion zurückzuweisen.

**Annette Tichy (GFL):** Die GFL stimmt der Erheblicherklärung der Motion zu und unterstützt sie vollumfänglich. Ich möchte nicht alle Argumente des Motionärs wiederholen. Aus unserer Sicht sind sie gut und stichhaltig. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute Kenntnis genommen haben vom Politikplan. Die Bevölkerungsumfrage hat als Schwäche nebst Verkehrs- und Lärmbelastung, die Angebote für bezahlbaren Wohnraum ergeben. In das Umsetzungsprogramm wurde neu Punkt 2.3 aufgenommen, "*wir schaffen Voraussetzungen für attraktiven Wohnraum.*" Die obligatorische Abgabe des Formulars mit dem bisherigen Mietzins ist sicher

kein Allerheilmittel zur Erreichung dieses Zwecks. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das Formular schafft Transparenz und Fairness und es wirkt gegen Missbrauch, was auch im Sinne des Gemeinderates sein müsste. Zudem ist der Vermieter bereits heute, bei Neuvermietungen und auf Anfrage hin, zur Auskunft über den vorgängigen Mietzins verpflichtet. Die Einführung der Formularpflicht würde nun von Anbeginn an klare und gleiche Bedingungen für die Vermieter schaffen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Mietzins nur in gesetzlich geregelten Fällen erfolgreich angefochten werden kann. Zum Beispiel, wenn die Miete um mehr als 10 % erhöht wird, und keine entsprechenden Investitionen getätigt werden. Oder wenn der Mietzins missbräuchlich, weil weitaus höher als ortsüblich, ist. Oder wenn der Vermieter eine zu hohe Rendite erzielt.

Es ist zudem nicht notwendigerweise davon auszugehen, dass nach einer allfälligen Einführung der Formularpflicht, dieses Anfechtungsrecht sehr viel mehr benutzt würde. Leider ist es noch allzu oft so, dass Mieter froh sind, wenn sie eine geeignete Wohnung gefunden haben und nicht als erstes gleich den Mietzins anfechten. Das Anfechtungsrecht wäre für missbräuchliche Fälle vorbehalten, diese wird es in Gottes Namen wohl auch in Zollikofen geben. Die Einführung der Formularpflicht bedeutet für den Vermieter zwar Mehraufwand, aber es scheint mir doch, dass er im Vergleich zu den ohnehin anfallenden administrativen Arbeiten im Zusammenhang mit einem Mieterwechsel, verkräftbar ist.

Das Argument des Gemeinderates, dass diese Lösung weder national noch kantonale gewählt wurde, ist aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. Zollikofen kann durchaus auch eine Vorreiterrolle übernehmen, insbesondere, wenn es sich als fortschrittliche, moderne und soziale Gemeinde positionieren und etablieren will.

Wie Markus gesagt hat, die Schweiz ist immer noch ein Volk von Mieterinnen und Mietern, Stand 2017: 60 %. Ergreifen wir also heute die Chance und sagen Ja zu einer kleinen Verbesserung ihrer Situation.

**Fritz Pfister (SVP):** Was auf nationaler Ebene nicht stattfindet, also bei National- und Ständerat und dann noch im kantonalen Parlament verworfen wird, soll nun hier auf Gemeindeebene "düregschtiert" werden. Das ist eine Zwängerei. Jedes neue Formular erzeugt Kosten. Aber zielt der Motionär nicht eine kostengünstigere Wohnlage, eine kostengünstigere Vermietung an? Das sind für mich kostentreibende Argumente. Heute Abend werden wir noch über eine Interpellation eines Parlamentariers debattieren und dieser fordert Investoren, Pensionskassen und andere Institutionen, die Vermögensanlagen nicht in fragwürdigen Gebieten zu tätigen.

Der Wohnungsmarkt ist einer der einzigen grossen Werte, bei dem noch Rendite generiert werden kann. Und dort probieren wir jetzt eine Regulierung einzuführen. Vergessen wir nicht, AHV, Pensionskassen, sie zahlen allen hier die AHV, respektive unsere Altersvorsorge. Lassen Sie den Markt spielen. Noch ein Wort zur Absicherung der Mieter: Es steht im OR und auch im Mietrecht; darum lassen wir es sein, wie es ist. Ich verstehe nicht, dass man das jetzt durchzwängen will. Die SVP-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

**Marcel Remund (FDP):** Das Ziel, bezahlbare Mieten bieten zu können, verfolgen sicher alle. Es fragt sich einfach, wie das erreicht werden kann. Der beste Schutz vor hohen Mieten ist, dass auch das Angebot hoch ist. Wenn das Angebot hoch ist, dann spielt der Markt. Wenn das Angebot höher ist als die Nachfrage, bleiben die Preise stabil oder sinken. Was Sie mit dieser Motion erreichen, ist eine zusätzliche Regulierung. Der Mietmarkt ist sehr reguliert und jede zusätzliche Regulierung lässt irgendwann das Fass überlaufen. Dann wird sich mancher Investor fragen, ob es noch rentabel ist, in Mietwohnungen zu investieren oder macht er lieber Eigentumswohnungen? Dann wäre das Gegenteil erreicht: Es gibt weniger Mietwohnungen. Daran sollte man beim allfälligen Zustimmen denken.

**Mario Morger (gip):** Der Vorredner liefert mir einen Steilpass: Ich kann sehr unterstützen, was er gesagt hat und würde es in anderen Worten ähnlich sagen. Ich bin überzeugt, dass eine Formularpflicht längerfristig kontraproduktiv ist. Fragen wir uns erst einmal, was die Formularpflicht im positiven Fall bringt. Bringt sie mehr Transparenz? Kaum. Denn schon heute wird

ein neues Daheim per Mausklick gesucht und man hat alles transparent vor sich. Hat die Formularpflicht andere Vorteile? Ja. Wahrscheinlich für einzelne Neumieter, wenn sie die Anfangsmiete anfechten wollen. Zumindest im Kanton Zürich hat gemäss Schweizer Radio und Fernsehen die Einführung der Formularpflicht zu deutlich mehr Anfechtungen bei Anfangsmieten geführt. Das kann im Einzelfall helfen, eine Mietzinssenkung zu erwirken.

Wenn aber Vermieter damit rechnen müssen, dass der Mietzins angefochten wird, werden Wohnbauinvestitionen in Zollikofen weniger interessant. Vor allem, wenn in anderen umliegenden Gemeinden keine Formularpflicht besteht, wird da schnell klar: Dann investiert man lieber in einer Nachbargemeinde in eine Wohnliegenschaft. Hier geht der Schuss nach hinten los: Tendenziell wird es weniger Wohnbauinvestitionen geben, die Leerstandsquote wird sinken und die Mieten steigen. Wir hätten genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir wollen. Nämlich attraktiven Wohnraum und bezahlbare Mieten. Als Grünliberaler lehne ich die Motion darum ab.

**Stefan Stock (FDP):** Boden ist ein limitiertes Gut, da sind wir uns alle einig. Und der Markt funktioniert nur, wenn es Nachfrage und Angebot gibt. Eine Leerwohnungsquote von knapp über 1 % in der Schweiz und in Zollikofen lässt den Schluss eines funktionierenden Marktes nicht zu. Ein Grundwert des Liberalismus ist die Freiheit des Einzelnen. Das aktuelle Mietrecht begünstigt in diesem speziellen Fall aber eindeutig den Vermieter, weil dieser bei Mieterwechsel niemandem Rechenschaft über die Miethöhe ablegen muss. Das ist ein Grund für die generell hohen Wohnkosten in der Schweiz. Die vorliegende Motion verhindert keine einzige berechnete Mietzinserhöhung. Keine Renovation wird blockiert und die Kosten können geltend gemacht werden. Ich selber wohne in einer Wohnung mit indexierter Miete. Aufgrund der Senkung des Referenzzinssatzes hätte ich Anrecht auf 3 % Mietzinsreduktion gehabt, übrig geblieben ist 1 %, wegen gestiegener Kosten. Wohlgermerkt: ohne wertvermehrende Investitionen in meine Wohnung. Wenn der Referenzzinssatz wieder steigt wird meine Miete sicherlich um 3 % erhöht, nicht um 1 %. Also handelt es sich heute effektiv um eine versteckte Mietzinserhöhung. Ich persönlich werde die Motion unterstützen.

**Beschluss** (19 Ja, 14 Nein)

Die Motion Markus Dietiker (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Mehr bezahlbare Wohnungen und faire Mietverhältnisse in der Gemeinde Zollikofen dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses" wird erheblich erklärt.

---

60 1.92.2 Postulate

**Postulat Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Weitere Entsorgungsmöglichkeiten schaffen"; Erheblicherklärung**

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Das Eintreten ist vorgegeben, die Antwort liegt vor, das Wort hat die Postulantin.

**Kornelia Hässig (SP):** Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die positive Antwort. Es ist ein Postulat und lässt dem Gemeinderat Spielraum und das ist auch gut so. Ich möchte ein paar Aspekte hervorheben, die mir wichtig sind.

Die Schliessung der Entsorgungsstelle wird sicher zu reden geben. Nicht alle werden begeistert sein, wenn es keine Entsorgung in Gehdistanz zur Wohnung mehr gibt. Wahrscheinlich dürfte es dem Gemeinderat auch gelegen kommen, wenn er kommunizieren kann, dass er ergänzende Angebote im Sinne eines Pilotes testen will. Das kann die aufgeregten Gemüter etwas dämpfen. Das wäre in der Übergangsphase wichtig, nicht abwarten und schauen, wie es geht, denn dann werden die Leute ärgerlich und ändern ihr Verhalten. Wer wird es ändern: ältere Leute, die mehrheitlich zu Fuss gehen und vielleicht täglich kleine Mengen entsorgen. Sie sind betroffen. Oder Kleinhaushalte, die aus ökologischen Gründen nach dem Einkauf gerade noch entsorgen gehen. Diese Leute werden sich ärgern. Es soll nicht das Ziel sein, dass diese Leute dann das Altöl oder Pestizide im Müll oder der Toilette landen. Dann hätten

wir in Zollikofen einen grossen Schritt rückwärts gemacht. Dies als Erinnerung für alle, die gedenken, gegen die Erheblicherklärung des Postulates zu stimmen. Für all diese, die auf Sparflamme funktionieren, weil man nichts mehr machen kann vor lauter Schwarzmalen und drohender Steuererhöhungen.

Wegen dieser 5'000 Franken, die für den Pilot angedacht sind, fällt unser Gemeindehaushalt nicht um. Es wird ja gar nicht dem allgemeinen Haushalt belastet, sondern es geht über die Abfallrechnung und diese hat ein gutes Eigenmittelpolster. Man kann nicht einfach nichts mehr machen und nur noch sparen wollen. Hier umgeht man es, an Leute mit einer Einschränkung zu denken. Wer Auto fährt, unterschätzt die Problematik. Wenn das Angebot dann nicht genutzt werden würde, kann es ja wieder abgeschafft werden und deshalb bin ich mit einem Pilot auch einverstanden.

**Marceline Stettler (GFL):** Ich gebe offen zu, dass mich der Gemeinderat mit dieser Antwort völlig überrascht hat. Ich habe im Vorfeld nicht daran geglaubt, dass dieses Postulat eine Chance hat. In diesem Zusammenhang: Danke! Ich rede für die ganze GFL: Mit einem Versuchsjahr die Bedürfnisse sauber abklären. Damit man danach eine gesicherte Grundlage hat um einen Entscheid zu treffen, hinter dem man stehen kann. Das ist ganz im Sinn der GFL, das ist kundenfreundlich. Wir stimmen dem Postulat zu. Wichtig scheint uns noch die Kommunikation/Information der Bürger. Ebenso, dass man den Tag sorgfältig auswählt.

**Marco Bucheli (SVP):** Dieser Vorstoss ist so etwas von verfrüht und voreilig. Die SVP-Fraktion wird das Postulat einheitlich nicht erheblich erklären. Die Sammelstelle Lättere ist noch gar nicht ausgelagert, was will man bereits jetzt ein anderes Gleis legen? Zuerst muss doch ein paar Jahre abgewartet werden und danach kann ein Fazit gezogen werden.

Hinzu kommt, dass das, was man irgendwo kauft, meist auch dort wieder abgegeben werden kann. Und irgendwie kommt es ja auch in den eigenen Haushalt. Die Zeiten der zukünftigen mobilen Sammelstelle passen vielleicht nicht allen. Wer die Bevölkerungsbefragung gelesen hat, stellt fest, dass es beim Abfall, beziehungsweise der Entsorgung Höchstnoten gegeben hat. Und die Spezialfinanzierung Abfall sieht nicht gut aus in Zukunft. Weiter ist auch unsere Sammelstelle in der Lättere nicht jeden Tag offen. Wenn das Pilotprojekt durchgeführt wird, bin ich ziemlich sicher, dass wir dann hier feststellen müssen, dass es nicht rentiert hat.

**Rudolf Gerber (SP):** Zwei drei Bemerkungen zum Votum von vorher. "*Gouverner c'est prévoir*". Also nicht warten, bis die Werte der Bevölkerungsumfrage sinken, sondern vielleicht vorher reagieren. Ich weiss nicht, ob es repräsentativ ist, aber ich wurde verschiedentlich von Personen angegangen, die bedauert und nachgefragt haben, was im GGR los sei, dass die Lättere geschlossen wird. Es geht ja nur um die Kleinabfälle, das andere ist gut.

Noch etwas wegen des Budgets. Ich habe grundsätzlich Verständnis, dass man vorsichtig ist, es ist klar, dass man zu den Finanzen schauen muss. Aber das heisst nicht, dass ein Denkverbot ausgesprochen werden muss. Das ist ein Postulat: Stimmen Sie zu, die Verwaltung macht das im Rahmen ihrer üblichen Tätigkeit, dann wissen wir auch, welche Möglichkeiten wir haben und können über Kosten und Durchführung diskutieren. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

**Beschluss** (20 Ja, 13 Nein)

Das Postulat Kornelia Hässig (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Weitere Entsorgungsmöglichkeiten schaffen" wird erheblich erklärt.

---

61 1.92.3 Interpellationen

**Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Ethisch, insbesondere ökologisch, aber auch ökonomisch fragwürdige Pensionskassen-Anlagen - auch bei der Pensionskasse der Gemeinde Zollikofen?"; Antwort**

**Bruno Vanoni (GFL):** Ich bedanke mich für die ausführliche und sorgfältige Antwort. Damit kamen Informationen einer Diskussion auf den Tisch, die schweizweit stattfindet. Ich verstehe, dass der Gemeinderat sich nicht in Angelegenheiten der Pensionskasse einmischen darf, auch wenn es personelle Zusammenhänge gibt. Der ausführlichen Antwort entnimmt man leider nicht sicher, ob auch Anlagen in verbotene Rüstungsgüter getätigt sind, wir wissen also nicht, ob unsere Pensionskassen diesbezüglich sauber testen.

Interessant finde ich den Hinweis, den der Gemeinderat zu Frage 4 macht *"Sofern der Stiftungsrat der PKZ einzelne Anlagen einschränken oder verbieten will, wird dies vom Gemeinderat nicht bestritten."* Ich interpretiere das ein wenig als grünes Licht an die Adresse der Gemeindevertreter und der Arbeitnehmervertreter im Stiftungsrat der Pensionskasse. Denn diese können durchaus handeln. Ich nenne zwei Beispiele: Sie können bei der Wahl der Vermögensverwalter darauf achten, dass sie die Aufgabe an Banken oder Stiftungen übertragen, die sorgfältig mit diesem Bereich umgehen. Darf man überhaupt wissen, wer die beiden Banken und die Anlagestiftung sind, die den Auftrag der PK haben? Die Stiftungsräte haben auch die Möglichkeit, im Anlagereglement weitere Vorgaben zu machen, die dann umgesetzt werden müssen. Es gibt Pensionskassen, zum Beispiel die Stiftung "Abendrot", welche sehr vorbildlich mit dem Thema umgehen.

Zum Hinweis von Fritz Pfister: Es geht bei diesem Thema nicht darum, Investitionen zu verbieten oder Renditen zu verunmöglichen in dem Bereich, der ethisch verantwortet werden kann. Es geht darum, Investitionen in ethisch fragwürdige Bereiche zu verhindern und es geht aber auch darum, Investitionen in riskante Anlagen zu verhindern. Es gibt Investitionen in fossile Energien, sie sind auch angesprochen. Weltweit ziehen sich Anleger aus diesen Bereichen zurück, weil sie das als riskant erachten, weil sie auf Dauer keine gute Rendite sondern ein Problem ergeben. Wer eine sichere Altersrente will, muss deshalb in diesem Bereich handeln. Ich sehe ein, der Ball ist nicht beim Gemeinderat sondern bei den Stiftungsratsmitgliedern der Pensionskasse, in dem Sinn bin ich mit der Antwort zufrieden.

---

62 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Parlamentarische Eingänge**

- Motion Peter Kofel (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Unterstützung Café Mondial – Menschen treffen Menschen"
- Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Fragen zum Stand der Schäferei-Überbauung – ausgelöst durch das erste Baugesuch (Baufeld A)"

---

**GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP):** Wir sind am Schluss der Sitzung angelangt. Ich bitte das Ratsbüro und Peter Kofel nach vorne. Die nächste Sitzung findet am 29. November 2017 statt. Start ist um 18.00 Uhr. Anschliessend essen wir im Restaurant Quadrat zu Abend. Die Sitzung ist geschlossen, besten Dank.